

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 14

**Artikel:** Albanischer Frühling  
**Autor:** Ow, Meinrad von  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093312>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Albanischer Frühling

Im Februarheft ihrer Zeitschrift schreibt die Menschenrechtsorganisation «amnesty international» unter der Überschrift «Albanien, Neuland in Sachen Menschenrechte», die Öffnung des Landes ermögli­che erstmals einen Blick hinter die Kulissen. Nur wenigen sei klar gewesen, was es bedeutet hätte, dass sich dort bis ins vergangene Jahr ein stalinistisches Regime erhalten hätte. Während der Personenkult den Touristen aufgefallen sei, seien das Ausmass und die Art der Repression gegen politische Gegner unklar gewesen.

## Der Zustand zuvor

Anscheinend kannte man bei «ai» die täglichen Fremdsprachensendungen des lautstarken «Radio Tirana» ebensowenig wie die Propagandatätigkeit der in 21 Städten der Bundesrepublik tätigen Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft, die sogar eine deutsche Übersetzung des albanischen Strafgesetzbuches vertrieb. Albanien, das durch seine Staats- und Parteiführung im November 1967 zum ersten atheistischen Staat der Welt erklärt wurde, hat aus seinem Kampf gegen Andersdenkende und gegen jede Art von «faschistischer, religiöser und antisozialistischer Tätigkeit» nie einen Hehl gemacht.

So heisst es in einer deutschen Propagandaschrift: «Die Partei führt einen systematischen Kampf gegen die Religion als reaktionäre Ideologie und als Opium für das Volk». Nach Artikel 55 des Strafgesetzbuches wurden bis vor kurzem «religiöse Agitation und Propaganda, Herstellung, Verbreitung und Aufbewahrung zwecks Verbreitung von Literatur mit solchem Inhalt . . . mit Freiheitsentzug nicht unter zehn Jahren oder mit dem Tode bestraft».

Nach 1967 wurden auch die letzten Kirchen und Moscheen geschlossen, zweckentfremdet oder zerstört, Geistliche und Gläubige aller Religionen eingekerkert oder ermordet. Allein die katholische Minderheit beklagt den Märtyrertod von über hundert Geistlichen und sieben Bischöfen. Noch im Herbst 1987 erklärte Staats- und Parteichef Ramiz Alia öffentlich: «Es darf keine Konzessionen an die religiöse Ideologie in irgendeiner ihrer verschiedenen Formen geben. Wir vertreten diesen Standpunkt als überzeugte

Atheisten, aber auch, um die Einheit unseres Volkes zu schützen.» Im Westen gab man sich vielfach mit dem Argument zufrieden, in Albanien sei im Gegensatz zu Polen der Glaube endgültig ausgerottet, weil dieses freiheitsliebende Volk Religion stets mit der Fremdherrschaft importiert bekommen hätte.

## Wende begann mit religiöser Liberalisierung

Das Jahr 1990 wurde im bisher stalinistischen Albanien zum Jahr der Wende.

Als erstes Anzeichen dafür kam die veränderte Einstellung zur Religion im Sommer 1989 durch den Besuch von Mutter Teresa in Tirana und ihren offiziellen Empfang zum Ausdruck. Der Sturz von Honecker, Ceausescu und Schiwkow, der wie eine Bombe in Albanien einschlug, tat ein übriges. Die albanische Führung versuchte sich durch eine Kehrtwendung an die geänderten Verhältnisse anzupassen und sich so an der Macht zu halten.

Obwohl die alte Verfassung noch in Kraft war, hob Präsident Alia im Mai 1990 das Gesetz auf, das religiöse Propaganda zum Staatsverbrechen gemacht hatte. Am 6. November erklärte er vor dem Zentralkomitee der Partei: «Wenn jeder das Recht hat, Atheist zu sein, kann man auch niemandem verbieten, gläubig zu sein. Wir können nichts gegen die einwenden, die Kultstätten schliessen wollen, aber wir können auch nicht die Meinungen derjenigen ignorieren, die die Kirchen öffnen wollen.» Im Dezember empfing er Mutter Teresa bei ihrem zweiten Besuch und würdigte ihre religiöse und karitative Tätigkeit mit den Worten: «Man nennt Sie Mutter Teresa von Kalkutta, wir aber betrachten Sie als Mutter Teresa von Albanien.» Inzwischen konnte sie ein Ordenshaus, das erste in Albanien seit der Schliessung aller Klöster, eröffnen; in Tirana trägt ein Kindergarten ihren Namen.

## Katholiken

Sofort nach Aufhebung der antireligiösen Gesetze nahmen die Gläubigen aller Konfes-

sionen ihre neuen Freiheiten wieder in Anspruch.

In Shkoder, dem Zentrum der in Albanien mit 13 Prozent vertretenen Katholiken, zelebrierte Pfarrer Simon Jubani nach 26jähriger Gefangenschaft im Mai 1990 vor Tausenden von Gläubigen die erste heilige Messe seit 23 Jahren. Inzwischen sind Gottesdienste, Christmetten und Osterfeiern wieder im Alltag verankert. Im März dieses Jahres verhandelte der Präsident des Päpstlichen Rates, Erzbischof Claudio Celi, im vollen Bischofsornat in Tirana mit Albanien's Ausussenminister über die Bedingungen Roms für die Wiederaufnahme der seit 50 Jahren abgebrochenen Beziehungen.

Ein grosses Problem bildet der Priester­mangel, denn nur 32 hochbetagte Geistliche haben die Repressionen der letzten Jahrzehnte überstanden. Priester aus dem Kosovo und aus der albanischen Volksgruppe in Italien sollen einige Lücken füllen.

Auch die Orthodoxie, nach dem Islam die zweitgrösste Glaubensgemeinschaft Albanien's, nimmt an der Auferstehung des religiösen Lebens teil. An Weihnachten und Ostern feierten die Orthodoxen wieder in der althergebrachten Weise die festliche Liturgie. Der zur griechischen Kirche gehörende Bischof Anastasios von Androussa wurde Mitte Januar zum Exarchen von Albanien ernannt, ohne dass damit die Eigenständigkeit der 1937 für autokephal erklärten orthodoxen Kirche Albanien's angetastet werden soll. Er steht vor der schweren Aufgabe, neue Priester zu weihen und die kirchlichen Gemeinden wieder aufzubauen.



## ... und Muslime

Am schwierigsten ist der Neubeginn für die Muslime, deren Glaubenslehre mindestens die Hälfte ihrer Anhänger eingebüsst hat.

Es gibt heute nur noch 10 bis 15 geistliche Würdenträger für den Kult und die Koranlehre. Der erste islamische Gottesdienst fand in einer Kleinstadt durch einen libyschen Mullah statt, der auf Kosten Ghadafis aus Tripolis eingeflogen war. Er betete die ver-gessenen Koransuren in Arabisch, das niemand verstand.

Inzwischen hat sich ein Rat der albanischen Muslime konstituiert, in Tirana versammeln sich die Gläubigen zum Freitagsgebet in der Etem-Bey-Moschee am Skanderbeg Platz, auf dem Basar werden Gebetsteppiche verkauft und Frauen tragen wieder Anhänger mit Koransprüchen um den Hals. Auch die «Tekke», das Gebetshaus des muslimischen Derwischordens der Bektaschi, wurde in Tirana in einer feierlichen Zeremonie wieder eröffnet. Der im 13. Jahrhundert gegründete Orden hatte nach seinem Verbot in der Türkei in den dreissiger Jahren in Tirana sein Weltzentrum. Ob er zu seiner früheren Bedeutung zurückfinden wird, darf allerdings bezweifelt werden.

## Gulag im Kleinstaat

Nach langen und zähen Verhandlungen konnte im März eine Delegation der Internationalen Helsinki-Föderation (IHF) für Menschenrechte einige Gefängnisse und Arbeitslager in Albanien besuchen.

Der Besuch des Lagers Kosov, das als besonders unmenschlich bekannt ist, wurde der Delegation allerdings kategorisch verweigert. Nach offiziellen Angaben befanden sich damals 2700 Häftlinge in acht Lagern. Ein Teil der politischen Gefangenen wurde nach dem Besuch entlassen. Als Ergebnis ihrer Feststellungen, die zum «absolut schlimmsten gehörten, was der IHF bisher in osteuropäischen Strafanstalten begegnet sei», forderte die IHF die Regierung zu einer Generalamnestie auf.

So heisst es in dem Bericht der Schweizer Delegierten, Frau Monika Schär: «Was wir vorfanden, war erschütternd und erinnerte an Bilder aus den Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Zahlreiche Häftlinge hatten verstümmelte Gliedmassen. Andere lagen völlig ausgemergelt auf ihren Pritschen, zu schwach, um noch aufstehen zu können.

Manche waren infolge von Folterungen gelähmt. Wir trafen auf Gefangene, denen die Augen fehlten, und solche, denen bei der Folter die Zähne ausgeschlagen worden waren. Viele hatten offene, schwärende Wunden, die von Ungeziefer bedeckt waren. ... Sämtliche Unterkünfte sind völlig verschmutzt und von Ungeziefer verseucht. ...» Weiter berichtet Frau Schär: «Zu der Bela-

stung durch Folter und unmenschliche Haftbedingungen kommt noch die Sorge um die Anghörigen hinzu. Die Familien der Verurteilten werden regelmässig festgenommen und in abgelegene Dörfer deportiert, wo sie zugewiesene Arbeiten leisten müssen. Diese Deportationen erfolgen als Administrativ-massnahme ohne richterliches Urteil und sind zeitlich nicht begrenzt.»

Nach Angabe von Professor Arben Puto, dem Leiter des inzwischen staatlich anerkannten «Forums zur Verteidigung der Menschenrechte» in Tirana, handelt es sich bei den Verbannten um mehr als 10 000 Personen, deren Siedlungen bisher von Stacheldraht umgeben und von Bewaffneten bewacht waren. Auch nach Aufhebung der Verbannung müssen sie weiterhin in ihren Barackensiedlungen leben, da sie anderswo weder Wohnungen noch Arbeit finden.

## Die politische Opposition

Auch auf dem politischen Gebiet versuchte sich die albanische Führung im Jahr 1990 durch vorsichtige Reformen, wie die Zulassung von Parteien, das Streikrecht und die Ausgabe von Reisepässen, an der Macht zu halten.

Doch schon die Fluchtwelle im Sommer über die ausländischen Botschaften und im Februar 1991 über die albanischen Häfen zeigte, wie stark der Dampfkessel Albanien unter Druck stand. Am 5. Januar erschien die erste oppositionelle Zeitung «Relindja Demokratike» der Demokratischen Partei unter Gramoz Pashko. Bei den ersten freien Wahlen am 31. März gingen 67,2 Prozent der Parlamentssitze an die «Partei der Arbeit Albanien»; vor allem die Landbevölkerung war noch eingeschüchtert und die neuen Parteien hatten nur drei Monate Zeit, sich bekannt zu machen. Am 10. April veröffentlichte das immer noch mit Hammer und Sichel geschmückte Parteiorgan «Zeri i Popullit» den neusten Verfassungsentwurf.

Er enthält im Artikel 1 die Bezeichnung «Republik» statt «Volksrepublik» und im weiteren Text den Verzicht auf das Machtmonopol der Partei, das Recht auf Privatbesitz sowie die Verankerung des Streikrechtes, der Reisefreiheit und anderer demokratischer Errungenschaften.

Auch für die Oppositionsparteien sitzen im Parlament Abgeordnete, die noch vor kurzem dem alten System ihre Reverenz erweisen haben, Wissenschaftler, Schriftsteller und Staatsbeamte, deren Äusserungen aus früheren Zeiten heute genüsslich in der Presse zitiert werden. Aus dem Ausland hat sich der Thronprätendent Leka, der Sohn des Königs Zogu I, zu Wort gemeldet und ein Referendum über die Einführung der Monarchie vorgeschlagen. Ein islamischer Monarch mit einer liberalen Verfassung wäre eine neue Variante unter den Staatsoberhäuptern Europas.

## Streiks

Mitte Mai begannen die Arbeiter einen Generalstreik, der die Kohlengruben, Industriebetriebe und den öffentlichen Verkehr weitgehend lahmlegte und an dem sich 350 000 Menschen beteiligten.

Der Streik wurde erst im Juni beendet, nachdem die Regierung ihren Rücktritt zugunsten eines Allparteien-Kabinetts unter dem Reformkommunisten Ylli Bufi und die Erhöhung der Löhne und Renten um 50 Prozent zum 1. Juli zugesagt hatte.

Die Parteimitgliedschaft der neuen Regierungsmitglieder soll während ihrer Amtszeit ruhen. Symbolisch für die Absage an den Kommunismus vor allem durch die jüngere Generation ist der Sturz der Denkmäler. Vor sieben Monaten war es das Standbild Stalins, am 20. Februar wurde auf dem Skanderbeg-Platz in Tirana die sieben Meter hohe Bronzestatue Enver Hodschas mit Hilfe eines Drahtseiles unter dem Jubel von Tausenden von Zuschauern und gegen den Widerstand der Polizei gestürzt, am 19. Juni die Statue Lenins, «um dem amerikanischen Aussenminister Baker bei seinem Besuch den Anblick zu ersparen». Ein anderes Sakrileg zielt auf die Umwandlung des Enver-Hodscha-Museums, eines pyramidenförmigen Prachtbaus aus weissem Marmor, in eine Diskothek ab.

## Versorgungslage

Eines der schwersten Probleme im heutigen Albanien ist die Versorgungskrise, denn die Politik der Selbstversorgung ist mit der Planwirtschaft gescheitert und hat die Wirtschaft und Industrie auf einen Tiefpunkt gebracht.

Die Grundnahrungsmittel sind trotz strenger Rationierung oft nicht zu bekommen, selbst nach Brot stehen die Menschen Schlange. Die Wohnungsnot ist bedrückend – einige hunderttausend Wohnungen konnten wegen der überall im Lande herumstehenden wahnwitzigen Bunker nicht gebaut werden. Dazu kommt ein gesellschaftliches Problem, das für die strukturbildende albanische Grossfamilie Sprengkraft besitzt. Der politische Aufbruch wird von einem grossen Teil der Jugend als gesellschaftlicher Ausbruch verstanden. Zehntausende von jungen Menschen versuchen das Land zu verlassen, angelockt vom Konsum und vom angeblich leichten und freien Leben, das durch das italienische Fernsehen auf den albanischen Bildschirmen flimmert. «Printemps albanais», albanischer Frühling, nennt der albanische Schriftsteller Ismail Kadare, der seit einem Jahr in Frankreich lebt, sein neuestes Buch. Bevor die Hoffnungen, die Kadare damit verbindet, sich erfüllen können, steht Albanien noch ein schwerer Weg bevor. ■

# Institut für Asienkunde Hamburg

## Neuerscheinungen 1990/91

### Periodische Publikationen

**CHINA aktuell** – Monatszeitschrift, Jahresabonnement  
DM 116,- (zuzüglich Versandkosten)

**SÜDOSTASIEN aktuell** – Zweimonatszeitschrift, Jahresabonnement DM 96,- (zuzüglich Versandkosten)

**NORTH KOREA QUARTERLY** – Vierteljahreszeitschrift, Jahresabonnement DM 50,- (zuzüglich Versandkosten)

**JAPAN-Jahrbuch 1990/91** – Politik und Wirtschaft, Hamburg 1991, ca. 250 S., DM 28,- (auch frühere Jahrgänge lieferbar)

**ASIEN/PAZIFIK. Wirtschaftshandbuch 1991**, Hamburg 1991, 424 S., DM 65,- (auch frühere Jahrgänge lieferbar)

Wolfgang Bartke (comp.): **The Relations Between the People's Republic of China and**  
**I. Federal Republic of Germany**  
**II. German Democratic Republic**  
**in 1990 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation**, Hamburg 1991, 639 S., DM 28,- (auch frühere Jahrgänge lieferbar)

Yu-Hsi Nieh (comp.): **Bibliography of Chinese Studies 1990**  
(Selected Articles on China in Chinese, English and German), Hamburg 1991, 125 S., DM 18,- (auch frühere Jahrgänge lieferbar)

### Monographien

Wolfgang Bartke: **Who's Who in the People's Republic of China**, München usw. 1991, 909 S., DM 498,-

Ruth Cremerius, Doris Fischer, Peter Schier: **Studentenprotest und Repression in China April–Juni 1989. Analyse, Chronologie, Dokumente**, 2. überarb. und erw. Auflage, Hamburg 1991, 582 S., DM 36,-

Werner Draguhn (Hrsg.): **Asiens Schwellenländer: Dritte Weltwirtschaftsregion? Wirtschaftsentwicklung und Politik der «Vier kleinen Tiger» sowie Thailands, Malaysias und Indonesiens**, Hamburg 1991, 171 S., DM 28,-

Andreas Gruschke: **Neulanderschliessung in Trockengebieten der Volksrepublik China und ihre Bedeutung für die Nahrungsversorgung der chinesischen Bevölkerung**, Hamburg 1991, 283 S., DM 28,-

Monika Schädler: **Provinzporträts der VR China. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft**, Hamburg 1991, 384 S., DM 36,-

Wolfgang Bartke: **Biographical Dictionary and Analysis of China's Party Leadership 1922–1988**, München usw. 1990, 482 S., DM 348,-

Heribert Dieter: **Aussenwirtschaftsbeziehungen, Verschuldung und strukturelle Anpassung in Australien**, Hamburg 1990, 157 S., DM 24,-

Institut für Asienkunde (Hrsg.): **Osaka. Porträt einer Wirtschafts- und Kulturmetropole**, 2. überarb. und erw. Auflage, Hamburg 1990, 141 S., DM 21,-

Werner Kraus (Hrsg.): **Islamische mystische Bruderschaften im heutigen Indonesien**, Hamburg 1990, 205 S., DM 24,-

Andreas Lauffs: **Das Arbeitsrecht der Volksrepublik China. Entwicklung und Schwerpunkte**, Hamburg 1990, 269 S., DM 32,-

Liu Jen-Kai (Comp.): **Ausgewählte Regierungspublikationen der USA zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Asiens von 1972–1984**, Hamburg 1990, 150 S., DM 18,-

Jürgen Maurer: **Das Informations- und Kommunikationswesen in der Volksrepublik China. Institutioneller Rahmen und Ausgestaltung**, Hamburg 1990, 150 S., DM 24,-

Eva Nebenführ: **Aktuelle Tendenzen der Bevölkerungspolitik auf den Philippinen**, Hamburg 1990, 166 S., DM 24,-

Franz Nuscheler: **Japans Entwicklungspolitik: Quantitative Superlative und quantitative Defizite**, Hamburg 1990, 123 S., DM 21,-

Detlef Rehn: **Shanghais Wirtschaft im Wandel: Mit Spitzentechnologien ins 21. Jahrhundert**, Hamburg 1990, 201 S., DM 28,-

Jürgen Schröder: **Unternehmensbesteuerung in der Volksrepublik China. Ziele, Massnahmen und Probleme unter besonderer Berücksichtigung ausländischer Unternehmen**, Hamburg 1990, 123 S., DM 24,-

Werner Vennwald: **Chinesen in Malaysia: Politische Kultur und strategisches Handeln. Eine politisch-historische Analyse der Malaysian Chinese Association**, Hamburg 1990, 215 S., DM 28,-

Oskar Weggel: **Indochina (Vietnam, Kambodscha, Laos)**, überarb. Auflage, München 1990, 224 S., DM 19,80

Lutz-Christian Wolff: **Der Arbeitsvertrag in der Volksrepublik China nach dem Arbeitsvertragssystem von 1986**, Hamburg 1990, 344 S., DM 36,-

Zu beziehen durch:

Institut für Asienkunde  
Rothenbaumchaussee 32  
D-2000 Hamburg 13  
Tel. 040 44 30 01  
Fax 040 410 79 45